



**Achtung:**

**Angebot muss bis zum 21.08.2025, 11 Uhr eingehen!**

Landkreis Havelland

Dezernat I

Stabstelle Zentrale Vergabestelle

Platz der Freiheit 1

14712 Rathenow

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name des Bieters

\_\_\_\_\_  
Anschrift des Bieters (ggf. mit Länderkennzeichen)

\_\_\_\_\_  
Zuständiger Bearbeiter des Bieters

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Telefax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

## Angebotsschreiben

**Betrifft: Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreis Havelland**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben in der oben genannten Ausschreibung folgendes Angebot ab.

**Hinweis:**

Bitte **drucken Sie das vollständig ausgefüllte Formular zum Schluss als PDF**, damit nachträglich keine Änderungen am Formular mehr vorgenommen werden können. Das einfache Abspeichern lässt im Nachgang noch immer eine Bearbeitung zu.

## I. Allgemeine Erklärungen

1. Die Ausführung der ausgeschriebenen Leistung bieten wir zu den in diesem Angebot enthaltenen Preisen, den anliegenden Formblättern und den Bedingungen der Vergabeunterlagen an.
2. Dem Angebot liegen die mit der Angebotsaufforderung übersandten Bewerbungs-, Vergabe- und Vertragsbedingungen sowie die sonstigen dort benannten Bedingungen zugrunde, die wir anerkennen und zu deren Einhaltung wir uns verpflichten. Dem Angebot liegen keine Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Grunde.
3. Wir erklären uns bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (10.10.2025) an das Angebot gebunden.
4. Wir erklären, dass wir die Vergabeunterlagen einer vollständigen Prüfung unterzogen haben und die zu erbringenden Leistungen sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für das Angebot erforderlichen Genauigkeit beurteilen können.
5. Änderungen/Ergänzungen an den Vertragsunterlagen wurden nicht vorgenommen.
6. Wir erklären, dass der Auftraggeber unter Wahrung der Vertraulichkeit unsere Angaben überprüfen und erforderlichenfalls ergänzende Unterlagen zur Leistungserbringung anfordern kann.
7. Uns ist bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung bzw. wettbewerbswidrige Absprache zum Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen führen kann.
8. Wir erklären uns damit einverstanden, dass die von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und nicht berücksichtigten Bietern der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird. Im Falle der Zuschlagserteilung auf unser Angebot erklären wir uns einverstanden, dass unter den Voraussetzungen des § 134 GWB, §§ 39, 62 VgV unser Name und der zu zahlende Auftragswert sowie der EU-Kommission die gemäß § 40 VgV vorgesehene Mitteilung bekannt gegeben wird.

\_\_\_\_\_

Ort

\_\_\_\_\_

Datum

\_\_\_\_\_

rechtsverbindliche Unterschrift (bei elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Angabe des Namens des Erklärenden die händische Unterschrift)

---

## II. Erklärungen und Nachweise

### II.1 Rückgriff auf Dritte/Bietergemeinschaft

Bitte ankreuzen, falls zutreffend:

- Für die Erbringung der Leistungen ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen.
- Für die Erbringung der Leistungsfähigkeit und Fachkunde greifen wir auf Dritte zurück.
- Die Erbringung der Leistungen wird von einer Bietergemeinschaft angeboten.

## II.2 Erklärungen und Nachweise

Zum Nachweis der für die Übernahme des Auftrages erforderlichen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Gesetzestreue gemäß §§ 122, 123 und 124 GWB sowie §§ 44, 45 und 46 VgV liegen folgende geforderte Nachweise bei:

Nachweis	Bitte ankreuzen, falls zutreffend	Anlage
Erklärung der Bietergemeinschaft	<input type="checkbox"/>	Anlage 1
Verpflichtungserklärung bei Eignungsrückgriff auf Dritte	<input type="checkbox"/>	Anlage 2
Nachunternehmerverzeichnis	<input type="checkbox"/>	Anlage 3
Verpflichtungserklärung für benannte Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>	Anlage 4
Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	<input type="checkbox"/>	Anlage 5
Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz	<input type="checkbox"/>	Anlage 6
Vereinbarung zwischen dem Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz	<input type="checkbox"/>	Anlage 7
Erklärung über wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen	<input type="checkbox"/>	Anlage 8
Eigenerklärung zum Russlandbezug	<input type="checkbox"/>	Anlage 9
Handelsregisterauszug	<input type="checkbox"/>	Anlage 10
Erklärung über den Umsatz	<input type="checkbox"/>	Anlage 11
Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung	<input type="checkbox"/>	Anlage 12
Referenzaufträge der letzten drei Jahre	<input type="checkbox"/>	Anlage 13
Zertifikat Entsorgungsfachbetrieb	<input type="checkbox"/>	Anlage 14
Bestätigung der Befördertätigkeit	<input type="checkbox"/>	Anlage 15
Beschreibung des Verwertungsweges	<input type="checkbox"/>	Anlage 16
Einsatz eines Abfallmaklers	<input type="checkbox"/>	Anlage 17

Weitere, noch nicht mit dem Angebot geforderte Eignungsnachweise werden wir auf Verlangen des AG kurzfristig vorlegen.

---

### **III. Angebotsumfang**

Wir unterbreiten ein Angebot für den Transport und die Verwertung von kommunalem Altpapier für folgende Lose:

- Los 1 (Erfassungsort: Wertstoffhof Schwanebeck)
- Los 2 (Erfassungsort: Wertstoffhof Bölkershof)

### III.1 Preisblatt

Die ausgeschriebene Leistung bieten wir entsprechend unserer Eintragungen in nachfolgender Tabelle an.

#### FÜR LOS 1

	S1	S2
Übergabestelle	Verwertungsentgelt €/Mg (netto)	Leistungsentgelt €/Mg (netto)
Wertstoffhof Schwanebeck		

#### FÜR LOS 2

	S1	S2
Übergabestelle	Verwertungsentgelt €/Mg (netto)	Leistungsentgelt €/Mg (netto)
Wertstoffhof Bölkershof		

Die Angaben bilden den für die Zuschlagserteilung relevanten Angebotspreis gemäß:

$$\text{Angebotspreis} = \text{Verwertungsentgelt} - \text{Leistungsentgelt}$$

*Verwertungsentgelt:* Verwertungsentgelt in €/Mg (netto) gemäß Bieterangabe in der Spalte S1

*Leistungsentgelt:* Leistungsentgelt in €/Mg (netto) gemäß Bieterangaben in der Spalte S2

Das hier angebotene Leistungsentgelt gilt für alle Einzelaufträge innerhalb des Leistungszeitraums (inkl. Verlängerungszeitraum).

Das hier angebotene Verwertungsentgelt gilt für jeden Einzelauftrag innerhalb des Leistungszeitraums (inkl. Verlängerungszeitraum) als Ausgangsbasis für die, je Einzelauftrag, automatische Anpassung um den EUWID-Kombinationsindex, sofern nicht nach Maßgabe der Vergabeunterlagen im Rahmen des Miniwettbewerbs für den Einzelauftrag neue Preise durch eine entsprechende Angebotsabgabe durch den Bieter vereinbart werden. Mit der für jeden Einzelauftrag automatisch erfolgenden Anpassung des Verwertungsentgeltes um den EUWID-Kombinationsindex werden die Marktpreisschwankungen für Altpapier berücksichtigt. Innerhalb der Laufzeit eines Einzelauftrages erfolgt keine Anpassung des Verwertungsentgeltes.

Ein Anspruch auf Beauftragung mit Einzelaufträgen besteht bei Beteiligung an der Rahmenvereinbarung nicht.

Die an der Rahmenvereinbarung beteiligten Unternehmen können mit ihren Angeboten für den Einzelauftrag das im Angebot zur Rahmenvereinbarung angegebene und durch den EUWID-Kombinationsindex angepasste Verwertungsentgelt pro Mg für den konkreten Einzelauftrag erhöhen. Eine Reduzierung des im Angebot zur Rahmenvereinbarung angegebenen und durch den EUWID-Kombinationsindex angepassten Verwertungsentgeltes sowie eine vom Angebot zur Rahmenvereinbarung abweichende Angabe des Leistungsentgeltes sind ausgeschlossen.

Die an der Rahmenvereinbarung beteiligten Unternehmen können in den im Rahmen des Miniwettbewerbs für den Einzelauftrag abgegebenen Angeboten das im Angebot zur Rahmenvereinbarung angegebene Leistungsentgelt bei einer auf gesetzlichen Vorschriften beruhenden Kostensteigerung durch Anpassung des Mautzuschlags anpassen.

Die Anpassung des Leistungsentgeltes ist nur in dem Maße zulässig, indem die geänderten gesetzlichen Vorschriften zu unmittelbaren Mehrkosten bezogen auf die im Angebot angegeben Entfernung zur Verwertungsanlage führen.

Die Anpassung des Leistungsentgeltes im Rahmen des Miniwettbewerbs ist zu begründen. Eine rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen.

Die Abgabe eines verbesserten Angebotes zu den Miniwettbewerben steht den an der Rahmenvereinbarung beteiligten Unternehmen frei. Bei Nichtabgabe eines verbesserten Angebotes zum Miniwettbewerb oder bei Abgabe eines ungültigen Angebots haben sie jedoch zu den in der Rahmenvereinbarung angebotenen Konditionen, dem angebotenen Leistungsentgelt und dem zum Miniwettbewerb um den EUWID-Kombinationsindex angepassten Verwertungsentgeltes zur Verfügung zu stehen. Das angebotene Leistungsentgelt sowie das angebotene und für den jeweiligen Einzelauftrag um den EUWID-Kombinationsindex angepasste Verwertungsentgelt werden bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots für den jeweiligen Einzelauftrag einbezogen. Eine Vergabe von Einzelaufträgen an ein Unternehmen, welches im Rahmen der Miniwettbewerbe kein Angebot oder ein ungültiges Angebot abgegeben hat, ist aufgrund der im Rahmenvertrag mit § 3 festgelegten Regelung grundsätzlich möglich.

Bei der Kalkulation sind sämtliche Leistungen, die im Zusammenhang mit der Abholung und Verwertung des Altpapiers anfallen, zu berücksichtigen.

**Anlage 1 : Erklärung der Bietergemeinschaft**  
(von der Bietergemeinschaft auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder haben uns zu einer Bietergemeinschaft zusammengeslossen, um ein gemeinsames Angebot zur vorliegenden Ausschreibung einzureichen.

Wir beschließen im Falle einer Auftragserteilung die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft:

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall gegenüber dem Auftraggeber als Gesamtschuldner haften werden.

Bevollmächtigter Vertreter, der

- die Mitglieder der Bietergemeinschaft und späteren Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- zur Abgabe eines gemeinsamen Angebotes berechtigt ist,
- mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied zur Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen sowie zur Entgegennahme von Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist,

ist das unten bezeichnete federführende Mitglied.

Mitglied	Leistungsteil	Name (in Textform)
Federführend:		

---

**Anlage 2 : Verpflichtungserklärung bei Eignungsrückgriff auf Dritte**  
(auszufüllen vom Dritten)

Wir,

---

(Name und Adresse des Unternehmens)

erklären und verpflichten uns, dass wir den sich an dem Vergabeverfahren „Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreis Havelland“ beteiligenden Bieter

---

(Name des Bieters)

zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde im o.g. Vergabeverfahren bezogen auf folgende Eignungsanforderungen

---

im Sinne von § 47 Abs. 1 VgV unterstützen und im Falle einer Auftragserteilung verbindlich folgende Fähigkeiten und Mittel zur Verfügung stellen:

---

Der Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Unternehmens in Anspruch. Wir verpflichten uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

---

Ort

---

Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform

**Anlage 3 : Nachunternehmerverzeichnis**  
(vom Bieter auszufüllen)

für Los1                       für Los 2

Es ist beabsichtigt, Teile des Auftrags an folgende Nachunternehmer zu vergeben:

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen werden folgende Nachunternehmer mit den von diesen auszuführenden Teilleistungen beauftragt:

Lfd. Nr.	Nachunternehmer (Firmenname, Firmensitz)	Angabe der übernommenen Auftragsteile/des Leistungsbereiches
1		
2		
3		

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform

**Anlage 4 : Verpflichtungserklärung für benannte Nachunternehmer**  
(von jedem Nachunternehmer auszufüllen (ggf. Kopien anfertigen))

für Los1                       für Los 2

Wir,

\_\_\_\_\_  
(Name und Adresse des Unternehmens)

erklären, dass uns der sich an dem Vergabeverfahren „Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreis Havelland“ beteiligende Bieter

\_\_\_\_\_  
(Name des Bieters)

als Nachunternehmer im o.g. Vergabeverfahren für die Leistungserbringung einsetzen wird.

Wir verpflichten uns dem Bieter gegenüber für den Fall der Zuschlagserteilung, die folgenden Leistungen als Nachunternehmer zu erbringen:

Lfd. Nr.	Angabe der übernommenen Auftragsteile/des Leistungsbereiches
1	
2	
3	

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform

**Anlage 5 : Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer hier beizufügen (ggf. Kopien anfertigen))*

**Ich erkläre als**

- Bewerber / Bieter
- Nachunternehmer
- Mitglied der Bietergemeinschaft:

---

(Name und Adresse des Unternehmens)

**Ausschlussgründe nach § 123 GWB**

Ich erkläre, dass keine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen mein Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Ich erkläre, dass mein Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich mich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe.

Mir ist bekannt, dass einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im vorstehenden Sinne eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich stehen.

### **Ausschlussgründe nach § 124 GWB**

Ich erkläre, dass

1. mein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. mein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen meines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich mein Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. mein Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität bzw. die Zuverlässigkeit des Unternehmens infrage gestellt wird,
4. durch mein Unternehmen, die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde,
5. mein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurück gehalten hat.
6. weitere Ausschlussgründe nach § 124 GWB nicht vorliegen.

Ich erkläre, dass für mein Unternehmen keine Gründe vorliegen, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder nach § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns führen können.

**Teil II - Angebotsschreiben**

Vergabe Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreises Havelland ab 01.01.2026



---

Der Betrieb ist bei der nachfolgend genannten Berufsgenossenschaft gegen Unfall versichert.

---

(Bitte genaue Anschrift der Berufsgenossenschaft angeben. Bieter, die keinen Sitz in Deutschland haben, geben den für sie zuständigen Versicherungsträger an.)

Für den Betrieb ist das nachfolgend genannte Arbeitsamt zuständig.

---

(Bei Betriebsstätten in Bezirken verschiedener Arbeitsagenturen ist die Arbeitsagentur anzugeben, in dessen Bezirk zurzeit die größte Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt ist.)

---

Ort

---

Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform

**Anlage 6 : Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz**

*(vom Bieter / jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen (ggf. Kopien anfertigen)).*

Wir, als

- Bewerber / Bieter
- Mitglied der Bietergemeinschaft:

\_\_\_\_\_  
(Name und Adresse des Unternehmens)

erklären, dass die nachstehend aufgeführten Erklärungen Bestandteil meines/unsere Angebotes sind:

**1. Vergütung der Arbeitsleistung der Beschäftigten**

Bestehen keine anderen Mindestentgelt-Regelungen z. B. nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach zu zahlende Arbeitsentgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde auf Grundlage des § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes von zzt. 13,00 Euro brutto, so wird allen bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages mindestens ein Bruttoentgelt von 13,00 Euro gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschlägen.

- **Lieferleistung:**  
Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Mit dem Vertrag über die Lieferung bereits beauftragte spätere Dienstleistungen, wie Serviceleistungen am Liefergegenstand unterfallen ebenfalls dieser Vereinbarung.
- **Längerfristige Verträge:**  
Bei längerfristigen Verträgen ist eine ggf. vereinbarte Lohngleitklausel auch auf den Fall der Erhöhung des Mindestarbeitsentgelts auf Grundlage des § 6 Absatz 2 Brandenburgisches Vergabegesetz unter den für die Lohngleitung sonst geltenden Voraussetzungen und der tatsächlichen Erhöhung des Arbeitsentgelts für die Beschäftigten anwendbar.

**2. Nachweise (Lohn- und Gehaltszahlungsunterlagen)**

Alle Nachweise können in anonymisierter (§ 3 Brandenburgisches Datenschutzgesetz) oder pseudonymisierter Form (Artikel 4 Nummer 5 EU-Datenschutz-Grundverordnung) vorgelegt werden. Es muss erkennbar sein, dass Nachweise der Arbeitszeit für den Einsatz im öffentlichen Auftrag und die Entgeltberechnungs- und –zahlungsunterlagen sich auf dieselbe Person beziehen.

- **Lieferaufträge:**  
Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns mit der Rechnung Lohn- und Gehaltszahlungsunterlagen vor-

zulegen, die sich auf die Erbringung aller Leistungen beziehen, die mit der Anlieferung zusammenhängen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung.

- Dienstleistungsverträge:  
Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns mit mindestens einer (Teil-)Rechnung über erbrachte Leistungen während der Vertragslaufzeit oder bei längeren Laufzeiten einmal kalenderjährlich Lohn- und Gehaltszahlungsunterlagen vorzulegen, wobei der Auftraggeber den Zeitpunkt unter Wahrung der wechselseitigen Interessen bestimmen kann.

### **3. Stichprobenkontrollen**

Dem Auftraggeber wird zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Auszahlungsbelege gegeben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Beschäftigten zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich/wir einholen. Die Unterlagen können pseudonymisiert sein, wenn deren Zusammengehörigkeit erkennbar ist. Zu Kontrollen darf der Auftraggeber oder eine von diesem beauftragte Person meine/unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen.

### **4. Entgeltzahlung an Beschäftigte**

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter aller - auch der im Ausland ansässigen - Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers vorzulegen, werktags außer samstags zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr, den Zugang zu meinen/unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege zu gestatten und diese oder im Beisein einer auftraggeberseitigen Person gefertigte Kopien auf Verlangen gegen Quittung vorübergehend zu überlassen. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.

### **5. Nachunternehmer**

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleich lautende Erklärung zugunsten einer Kontrolle durch mich/uns und den Auftraggeber mir/uns gegenüber abgibt und gleich lautende Erklärungen evtl. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern vorlegt. Dasselbe gilt sinngemäß für Verleiher von Arbeitskräften.

### **6. Verstöße, Auftragsperren und Vertragsstrafen**

Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestlohngesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Es ist auch bekannt, dass der Auftraggeber bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltenen vertraglichen Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden kann, aus der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung er-

halten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat. Ist ein Nachauftragnehmer mit einer Auftragsperre belegt, werde ich kurzfristig einen anderen Nachauftragnehmer benennen. Der Auftraggeber räumt diese Möglichkeit nur ein, wenn zeitliche Verzögerungen im Vergabeverfahren unschädlich sind.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer von meinem/unserem Unternehmen bei der Leistungserbringung Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

- von Nachunternehmern  
Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß dem in der Anlage zu dieser Vereinbarung beigefügtem Muster mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer in seinem Unternehmen Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall. Entsprechende Erklärungen lege ich auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

## 7. Kündigungsrecht

Ich/wir räume/n dem Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift(en), Firmenstempel oder qualifizierte elektronische Signatur

**Anlage 7 : Vereinbarung zwischen dem Bieter/ Auftragnehmer/ Nachunternehmer/ Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz**

*(vom Bieter, jedem Nachunternehmer abzugeben (ggf. Kopien anfertigen))*

**1. Vergütung der Arbeitsleistung der Beschäftigten**

Bestehen keine anderen Mindestentgelt-Regelungen z. B. nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach zu zahlende Arbeitsentgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde auf Grundlage des § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes von zzt. 13,00 Euro brutto, so wird allen bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages mindestens ein Bruttoentgelt von 13,00 Euro gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschlägen.

- **Lieferleistung:**  
Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Mit dem Vertrag über die Lieferung bereits beauftragte spätere Dienstleistungen, wie Serviceleistungen am Liefergegenstand unterfallen ebenfalls dieser Vereinbarung.
- **Längerfristige Verträge:**  
Bei längerfristigen Verträgen ist eine ggf. vereinbarte Lohngleitklausel auch auf den Fall der Erhöhung des Mindestarbeitsentgelts auf Grundlage des § 6 Absatz 2 Brandenburgisches Vergabegesetz unter den für die Lohngleitung sonst geltenden Voraussetzungen und der tatsächlichen Erhöhung des Arbeitsentgelts für die Beschäftigten anwendbar.

**2. Entgeltnachweise und Stichprobenkontrollen**

Soweit meine/unsere Leistungen betroffen sind, werde ich meinen/unsere Vertragspartner bei der Erfüllung der Vorlagepflicht von anonymisierten (§ 3 Brandenburgisches Datenschutzgesetz) oder pseudonymisierten (Artikel 4 Nummer 5 EU-Datenschutz-Grundverordnung) Lohn- und Gehaltsabrechnungen in Verbindung mit einer Rechnung über die Leistung unterstützen. Der Zusammengehörigkeit der Belege zur selben Person muss erkennbar sein.

Ich/Wir (Nachunternehmer/Verleiher) verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem eigenen Auftraggeber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers und des eigenen Auftraggebers zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen zu geben. Das Einverständnis meiner/unsere von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich/wir einholen. Die Unterlagen können pseudonymisiert sein, wenn deren Zusammengehörigkeit erkennbar ist. Zu Kontrollen darf der eigene Auftraggeber und der Auftraggeber oder eine von diesem beauftragte Person meine/unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/unsere Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen.

### 3. Entgeltzahlung an Beschäftigte

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter aller – auch der im Ausland ansässigen - Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch des Auftraggebers im Büro des eigenen Auftraggebers oder Auftraggebers vorzulegen, werktags außer samstags zwischen 9 Uhr und 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr, den Zugang zu meinen/unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege zu gestatten und diese oder im Beisein einer auftraggeberseitigen Person gefertigte Kopien auf Verlangen gegen Quittung zu überlassen. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.

### 4. Weitere Nachunternehmer und Verleiher

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, weitere Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleich lautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt und gleich lautende Erklärungen evtl. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern vorlegt. Dasselbe gilt sinngemäß für Verleiher von Arbeitskräften.

### 5. Verstöße, Auftragssperren und Vertragsstrafen

Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder das Mindestlohngesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Es ist auch bekannt, dass der Auftraggeber bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltene vertragliche Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden kann, aus der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung erhalten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer von meinem / unseren Unternehmen bei der Leistungserbringung Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 dieser Vereinbarung erwirbt der Auftraggeber unmittelbar das Recht, die verwirkte Vertragsstrafe von mir/uns zu fordern.

- **Verstöße von weiteren Nachunternehmern und Verleihern**

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß demselben Vereinbarungstext mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer in seinem Unternehmen Beschäftig-

---

tigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftrags-summe, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftrags-summe, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall. Entsprechende Erklärungen lege ich auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

### 6. Kündigungsrecht

Ich/wir räume/n dem eigenen Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform (Bieter/Auftraggeber)

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform (Nachunternehmer/Verleiher)

---

**Anlage 8 : Erklärung über wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen**  
*(vom Bieter auszufüllen)*

Rechtsform des Unternehmens:

---

Angaben zu verbundenen Unternehmen (ggfs. auf getrennter Anlage):

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) in Textform

**Anlage 9 : Eigenerklärung zum Russlandbezug**

*(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften auszufüllen)*

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 (Fassung vom 15. November 2022 mit redaktionellen Klarstellungen) -

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):**

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den

in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das unmittelbare oder mittelbare Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Aussteller/in

---

**Anlage 10 : Handelsregisterauszug (nicht älter als 12 Monate)**

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer beizufügen)*

**Anlage 11 : Erklärung über den Umsatz**

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer hier beizufügen (ggf. Kopien anfertigen))*

**Erklärung als**

- Bewerber / Bieter
- Nachunternehmer \_\_\_\_\_  
(Name des Nachunternehmers)
- Mitglied der Bietergemeinschaft \_\_\_\_\_  
(Name des Mitglieds)

Unser Umsatz mit Leistungen auf dem Gebiet des Altpapiertransportes / der Altpapierverwertung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren beträgt:

Jahr	Umsatz in € (netto)
2024 (sofern abgeschlossen)	
2023	
2022	
2021 (sofern 2024 nicht abgeschlossen)	

Unser Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren beträgt:

Jahr	Gesamtumsatz in € (netto)
2024 (sofern abgeschlossen)	
2023	
2022	
2021 (sofern 2024 nicht abgeschlossen)	

---

**Anlage 12 : Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung**

*(vom Bieter und jedem Mitglied der Bietergemeinschaft hier beizufügen)*

*Hinweis: Die Vergabestelle weist auf die geforderten Mindestdeckungssummen entsprechend der Bewerbungsbedingungen (Teil I) hin.*

*Für den Fall, dass die geforderten Versicherungen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht bestehen, reicht der hier beizufügende Nachweis der Bereitschaft eines Versicherungsunternehmens, mit dem Bieter eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung im Fall der Zuschlagserteilung in den genannten Höhen abzuschließen durch Vorlage einer entsprechenden schriftlichen Erklärung des Versicherungsunternehmens.*

**Teil II - Angebotsschreiben**

Vergabe Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreises Havelland ab 01.01.2026



**Anlage 13 : Referenzaufträge der letzten drei Jahre (2021-2024) auf dem Gebiet der Altpapierverwertung**

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer hier beizufügen (ggf. Kopien anfertigen))*

Erklärung als  Bewerber / Bieter  Mitglied der Bietergemeinschaft \_\_\_\_\_  
(Name des Mitglieds)

Nachunternehmer \_\_\_\_\_  
(Name des Nachunternehmers)

Auftraggeber	Tätigkeit	Leistungs- zeitraum	Rechnungswert in €/a (netto)	Altpapiermenge in Mg/a	Ansprechpartner mit Tele- fonnr. des Auftraggebers

**Teil II - Angebotsschreiben**

Vergabe Rahmenvertrag zur Altpapierverwertung des Landkreises Havelland ab 01.01.2026



---

**Anlage 14 : Zertifikat Entsorgungsfachbetrieb (Efb) o.ä.**

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer beizufügen (ggf. Kopien anfertigen))*

---

**Anlage 15 : *Bestätigung der Beförderertätigkeit***

*(vom Bieter, jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und jedem Nachunternehmer beizufügen)*

*Die schriftliche Bestätigung der Behörde über den Eingang der Anzeige der Beförderertätigkeit gemäß § 53 KrWG oder die Erlaubnis zur Beförderung gemäß § 54 KrWG bzw. sofern bereits vorhanden entsprechende Unterlagen gemäß AbfAEV sind hier beizulegen.*



**Fortsetzung Anlage 16: Beschreibung des Verwertungsweges**

Entfernung zur Sortier- bzw. Verwertungsanlage

Anlage	Bezeichnung (Sortier-, Verwertungs- oder Ausfallanlage)	Entfernung in km	Anteil PPK- Menge in Ma.-%
A			
B			
C			
D			
E			
F			

**Hinweis:** Mit dem Routenplaner „Reiseplanung.de“<sup>1</sup> können Transportentfernungen sowie Mautgebühren ermittelt werden. Unter „Routeneinstellungen“ können Einstellungen hinsichtlich des Verkehrsmittels und des Kraftstoffs vorgenommen werden.

\* Auf Verlangen des Auftraggebers sind nähere Angaben wie z.B. eine Annahmefähigkeitserklärung des Verwerters, Auskünfte zur Genehmigung der Verwertungs- und etwaigen Sortieranlage(n), die Benennung eines etwaigen Abfallmaklers und die Vorlage einer Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder eines gleichwertigen Nachweises des Verwerters bzw. Abfallmaklers und evtl. Sortierers vorzulegen.

---

**Anlage 17 : Einsatz eines Abfallmaklers\* geplant**

- ja
- nein

\* Auf Verlangen des Auftraggebers sind nähere Angaben wie z.B. eine Annahmefähigkeitserklärung des Verwerters, Auskünfte zur Genehmigung der Verwertungs- und etwaigen Sortieranlage(n), die Benennung eines etwaigen Abfallmaklers und die Vorlage einer Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder eines gleichwertigen Nachweises des Verwerters bzw. Abfallmaklers und evtl. Sortierers vorzulegen.